

EINGEMEINDUNG

Adenauer hatte in seiner Zeit als Beigeordneter zwei Eingemeindungen miterlebt und sicherlich auch in einigen Verwaltungsbereichen durchgeführt: 1910 Kalk und Vingst, 1914 Mülheim. Nach dem Kriege und mit der Aufhebung des Festungscharakters der Stadt, mit den Plänen um Handelshafen, Industriegebiet und Gürtelbahn einerseits, der Grüngürtelpolitik andererseits mußte sich der Blick zwangsläufig auf städtischen Gebietszuwachs ausrichten. Da nach der schon vor dem Krieg angelaufenen Planung das Industriegebiet und die Hafenanlagen hauptsächlich im Norden der Stadt errichtet werden sollten, mußte die Entscheidung zur Eingemeindung naturgemäß auf die Bürgermeisterei Worringen fallen. Dieser Gemeindeverband war bei 7.300 Einwohnern und 5.600 ha Fläche fast ausschließlich landwirtschaftlich ausgerichtet und wies somit die benötigten großen Freiflächen aus.

Die ersten Verhandlungen liefen 1920 an, als zwischen dem Bürgermeister Seul aus Worringen und Adenauer Gedanken um eine Eingemeindung ausgetauscht wurden (124). Im Dezember 1920 kamen die beidseitigen Verhandlungen in eine schnellere Gangart. Die schon für den Januar vorgesehene Unterzeichnung des Vereinigungsvertrags verzögerte sich durch einige Worrringer Gemeinderatsmitglieder, die auf eine Vertagung drängten. Die Kölner Fraktionsvorsitzenden von Zentrum und SPD mußten auf ihre Parteifreunde einwirken. Am 20. Januar wurde aus den Gemeinde- bzw. Stadtvertretern eine gemeinsame Kommission gebildet. Am 3. Februar stimmten Gemeinde- und Stadtrat dem Vertrag zu, der einen Tag später von Bürgermeister Seul und Adenauer unterzeichnet wurde (125). Der zuständige Landrat Heimann wurde erst in letzter Minute informiert, was ihn neben der recht großzügig gehandhabten Abfindung des Worrringer Bürgermeisters später zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Seul bewog.

Mit dieser sich überstürzenden Eile hatten Adenauer und die Verwaltung, hier besonders der Beigeordnete Best, eine in Worringen aufkommende Bürgerbewegung gegen die Eingemeindungspläne unterlaufen. Die weiteren Wege der staatlichen Zustimmung hatte Adenauer fest im Griff, da er als Vorsitzender des Provinzialausschusses zu seinem eigenen als Oberbürgermeister gestellten Antrag Stellung nehmen mußte. Der Antrag ging glatt durch den Provinziallandtag. In Berlin wiederum konnte er durch seine Beziehungen das Verfahren beschleunigen und als Präsident des Staatsrats die Entscheidung günstig beeinflussen (127).

Einwendungen gegen die Eingemeindungen kamen vom Landkreis Köln und der Stadt Neuss, die ihre Hafeninteressen berührt glaubte. Bis zum Dezember 1922 durchlief der Eingemeindungsantrag die preußischen Ministerien und den Staatsrat und gelangte anschließend vor den Preußischen Landtag. Der zuständige Gemeindeausschuß trat am 2./3. Februar 1922 eine Besichtigungsreise nach Köln und Worringen an. Im Rathaus wurden die gegensätzlichen Meinungen vor ihnen ausgetragen. Die Gegnerschaft des Landrats Heimann wie einer Bürgerbewegung

in Worringen konnten aber den Stadterweiterungsplänen nicht mehr gefährlich werden, besonders da auf Drängen Adenauers einige hohe Staatsbeamte teilnahmen, die Adenauers Pläne befürworteten. Am 7. März 1922 schließlich wurde das Eingemeindungsgesetz mit Wirkung vom 1. April des Jahres vom Landtag angenommen.

Diese Eingemeindung, die nur durch Adenauers Energie so rasch durchgezogen werden konnte, eröffnete die Umgemeindungspläne an Rhein und Ruhr. Der Kölner Oberbürgermeister hat in seinen Plänen eine weit ausgreifende Kommunalpolitik betrieben. So fühlten sich die benachbarten Landräte vor dem wachsenden Stadtkreis bedroht und unterstellten Adenauer, er erstrebe «eine Stellung nach dem Vorbild der freien Reichsstädte unter Loslösung vom Preußischen Staat», ein Vorwurf, gegen den sich Adenauer beim Preußischen Innenminister zur Wehr setzte (129).

Rechtsrheinisch tat sich mit der Neugliederung des Landkreises Solingen 1927 die Möglichkeit auf, Teile der Bürgermeisterei Schlebusch einzugemeinden, besonders die Gemeinde Schlebusch selbst, deren Gemeinderat am 4. Juni 1928 beschloß, in Verhandlungen mit Köln einzutreten.

Ein Jahr später wurde dem Vertragsabschluß zugestimmt. Damit wären etwa 1.200 ha und 6.200 Einwohner nach Köln gekommen. Aber die Hoffungen zerschlugen sich nach der Gemeindewahl vom November 1929. Die ganze Bürgermeisterei orientierte sich nach dem benachbarten Wiesdorf, das 1930 in Leverkusen umbenannt wurde.

Im Rahmen der großen Umgliederung im Rhein-Ruhr-Gebiet 1928 griff Adenauer neue Eingemeindungspläne auf, die ihren Anstoß vom Landrat des Landkreises Köln, Philipp Heimann, nahmen. Heimann befürchtete den Untergang des Landkreises und glaubte, in einer Personalunion von Stadt und Land Köln unter Wahrung der Kreiseigenständigkeit den Fortbestand sichern zu können. Als diese noch nicht weit gediehenen Pläne in Berlin die heftig umkämpfte Rhein-Ruhr-Neuordnung noch mehr belastete, wies der Innenminister Albert Grzesinski über den Regierungspräsidenten die Verhandlungspartner schroff an, die Gespräche einzustellen (133). Dennoch verfolgte Adenauer das Ziel einer Eingemeindung des Landkreises Köln weiter, ja hielt sogar die Einverleibung des Kreises Mülheim und einiger Orte der Kreise Neuss, Düsseldorf, Siegburg und Bonn für notwendig (135, 136). Diese Pläne zerschlugen sich aber genauso wie die bescheideneren Ansätze einer Eingemeindung von Efferen und Stotzheim.

Die Enttäuschung für Adenauer muß groß gewesen sein. Aber es hatten sich nur seine Ahnungen erfüllt, als er sich 1928 in letzter Minute verzweifelt an die Rhein-Ruhr-Umgliederung anhängen wollte, Berlin ihn aber auf die Zeit nach der Neuordnung des Industriegebietes vertröstete. Nachdem ein Jahr später mit dem 1. August 1929 die Städte an Rhein und Ruhr wie Mönchen-Gladbach, Neuss, Düsseldorf, Duisburg, Oberhausen, Mülheim, Essen, Solingen, Elberfeld-Barmen sich saturiert hatten, war bei der Exekutiven und Legislativen in Berlin die Lust an weiteren Umgliederungen vergangen. Vielmehr bekam Adenauer den Überdruß der Öffentlichkeit an weiteren Eingemeindungsplänen in der eigenen

Partei zu spüren: So empfahl der Gemeindevausschuß des Landtags eine Abtrennung von Teilen des Worringer Gebietes (Fabrikgelände I.G. Farben) nach Dormagen. Aber auch die größer gewordenen Städte des Industriegebietes sollten ihres Zugewinnes nicht froh werden: die hohen Folgelasten verschärften bei den katastrophalen Auswirkungen der Wirtschaftskrise die kommunale Finanzlage so sehr, daß die Eingemeindungen für die nächsten Jahre nutzlos waren und sich als Belastungen herausstellten.

Die Forderungen Adenauers von 1929 (vgl. 136) entsprangen sicher z.T. seiner im gleichen Jahr geäußerten Überzeugung (Die Bedürfnisse, insbesondere Raumbedürfnisse einer modernen Großstadt. In: Kommune und Wirtschaft. Tagesprobleme westdeutscher Kommunal- und Wirtschaftspolitik. Köln 1929, S. 138.14), daß den Großstädten zu ihrer inneren Gesundung, zur Entflechtung der »sinn- und planlosen Zusammenhäufungen von Bauten und Zusammenballung von Menschen« Raum gewährt werden müsse, »damit die Einwohner in ihrem eigenen, wenn auch bescheidenen Heim und auf einem eigenen Stückchen Erde Wurzel schlagen und Heimatgefühl bekommen«. Dennoch gingen diese ausgedehnten Eingemeindungswünsche über das Ziel der Gewinnung des notwendigen städtischen Lebensraumes weit hinaus und waren ein Teil des Wettstreits Adenauers mit den benachbarten Großstädten Düsseldorf und Essen um die Vorherrschaft im Westen. Durchsetzen konnte er keine seiner Forderungen.

Schrifttum:

Horst Romeyk, Adenauers Beziehungen zum Rheinischen Provinzialverband und zu den staatlichen Behörden. In: Konrad Adenauer, Oberbürgermeister von Köln. Köln 1976.

- 124 1920 Februar 21 — Worringen
Bürgermeister Seul, Worringen, an Adenauer: regt festen Zusammenschluß der Stadt Köln mit den umliegenden Landgemeinden an, besonders mit Worringen.
Handschriftl. Ausfertigung, 2 1/2 S., ausgelegt S. 3. — HASTK 902/106/1, S. 3 — 7.

- 125 1921 Februar 4 — Köln
Vertrag zwischen dem Oberbürgermeister Adenauer und Beigeordneten Heinrich Frenger aus Fühlingen über die Vereinigung der Landgemeinde Worringen mit Köln.
Masch.-schriftl. Ausfertigung, 4 S., ausgelegt S. 1 — HASTK U 362.

- 126 1921 — Köln
Übersichtsplan über den Stadt- und Landkreis Köln, M = 1 : 75.000.
Plan, schwarz/weiß. — HASTK 31/3.
Die Karte steht in Zusammenhang mit dem Bericht des Landrats Heimann und soll darlegen, das der Stadtkreis Köln innerhalb des Stadtgebiets und des Grüngürtels noch genügend An- und Ausbausiedlungsflächen besitzt.

- 127 1921 Dezember 5 — Berlin
Staatssekretär des preußischen Innenministeriums Dr. Friedrich Freund an Adenauer: er habe allen Beteiligten die Beschleunigung des Gesetzesentwurfs zur Eingemeindung zur Pflicht gemacht und glaube, daß die Angelegenheit dem Staatsrat am 13. d.M. vorgelegt werden könne.
Masch.-schriftl. Ausfertigung, 1 S. — HASTK 902/106/1, S. 51.
- 128 1922 Januar — Berlin
Gesetzesentwurf betreffend die Einverleibung der Landgemeinde Worringen.
Drucksache Nr. 1826 zur Verhandlung des Landtages. — HASTK 31/3.
Das Gesetz wurde am 7. März 1922 vom preußischen Landtag angenommen.
- 129 1923 Februar 19 — Köln
Adenauer an den preußischen Innenminister Carl Severing: bittet, gegen den Landrat zur Nieden, Vohwinkel, das nötige zu veranlassen wegen seiner »völlig haltlosen Behauptung«, das Köln »eine Stellung nach dem Vorbild der freien Reichsstädte unter Loslösung vom Preußischen Staat« erstrebe.
Masch.-schriftl. Durchschlag, 1 S. — HASTK 902/106/1, S. 51.
- 130 1926 Juli 20 — Berlin
Ministerialdirektor im preußischen Innenministerium Viktor von Leyden an Adenauer: sei gerne bereit, mit ihm »persönlich und vertraulich« die kommunalen Bezirksveränderungen zu besprechen.
Masch.-schriftl. Ausfertigung, 1 S., mit handschriftl. Vermerk Adenauers, v. Leyden mitzuteilen, daß er sich rechtzeitig mit ihm in Verbindung setzen werde. — HASTK 902/106/1, S. 345.
Das Schreiben ist eine Antwort auf die Bitte Adenauers, ihm vor konkreten Gesetzesvorlagen Einblick in die Absichten der preußischen Staatsregierung zu gewähren.
- 131 1927 April 4 — Köln
Adenauer an v. Leyden: meldet für den Fall der Aufteilung des Landkreises Solingen Anspruch auf Zuteilung von Wiesdorf und Schlebusch an und bittet, eine Entscheidung ohne vorherige Fühlungnahme mit Köln zu verhindern.
Masch.-schriftl. Konzept mit eigenh. Korrekturen, 1 S. — HASTK 902/106/1, S. 365.
- 132 1929 April 29 — Köln
Kartenskizze zum Plan einer Eingemeindung der Gemeinde Schlebusch.
Druck. — HASTK 902/106/2, S. 398.
- 133 1929 Januar 10 — Berlin
Der preußische Innenminister Albert Grzesinski an den Regierungspräsidenten in Köln: Verhandlungen zwischen Landräten und Oberbürgermeistern benachbarter Städte über kommunale Neugliederungen seien zu unterlassen.
Masch.-schriftl. Abschrift, 1/2 S. — HASTK 902/106/2, S. 265.

- 134 1929 Februar 10 — Köln
»Grzesinski kontra Adenauer. Die Kölner Eingemeindung — das Ganze halt?«
Rh. Ztg. v. 10. Februar 1929. — HASTK 902/106/2, S. 317.
- 135 1929 Dezember 30 — Köln
Karte mit den Grenzen der nach Adenauers Meinung »wirklich sachgemäßen Vergrößerung der Stadt Köln«. M = 1 : 200.000 (vgl. 136).
Verwaltungskarte mit Grenzeinzeichnungen von Hand. — HASTK Plankammer 1/1150.
- 136 1929 Dezember 30 — Köln
Adenauer an den preußischen Wohlfahrtsminister Dr. Heinrich Hirtsiefer: Die beiliegende Karte (135) zeige die Grenzen, die sich »bei einer wirklich sachgemäßen Vergrößerung der Stadt Köln für das neue Stadtgebiet ergeben« würden. Er würde eine Eingemeindung von Dormagen begrüßen, die Eingemeindung von Wiesdorf und Opladen ließe sich sachlich rechtfertigen. Bei Verwirklichung dieser Ausdehnungspläne seien die Voraussetzung für eine »dezentralisierte Großstadtentwicklung« gegeben. Sein [Hirtsiefers] Gedanke, danach Köln dem Oberpräsidenten unmittelbar zu unterstellen, halte er für sehr glücklich. (Teilt weiterhin Daten zu den Einwohner- und Flächenverhältnissen des Regierungsbezirks Köln und der der Stadt zuwachsenden Gebietsteile des sogenannten Landkreises Köln und des Kreises Mülheim außer Amt Overath sowie aus den Kreisen Bonn und Siegburg, Gemeinden Wesseling und Lüllsdorf mit). Köln werde bei Verwirklichung des Plans über eine Fläche von 90.326,86 ha mit 920.523 Einwohnern verfügen.
Masch.-schriftl. Durchschlag, 3 1/2 S., ausgelegt S. 1 und 3. — HASTK 902/156/1, S. 29 — 32.